

---

# Aktuelle Entwicklungen in der deutschen Innen- und Europapolitik

Öffentlicher Vortrag an der Beijing Foreign Studies  
University

# Das analytische Narrativ

---

1. Situation: Die Bundesrepublik hat die Eurozonenkrise wirtschaftliche (bislang) besser überstanden als jedes andere €-Mitgliedsland. Die Verteilung der Kosten der Krisenanpassung bleibt aber umstritten und führt – schwächer als in anderen Mitgliedstaaten – zu einer Stärkung populistischer, europakritischer Parteien auf der linken und rechten Seite des Parteienspektrums.
2. Eurozonen-Dilemma: Während die Bundesrepublik wirtschaftlich stark an die €-Zone gebunden bleibt, ist sie politisch und wirtschaftlich mitverantwortlich für das Ausmaß und den Verlauf der Krise. So profitiert die BR heute wesentlich von der Schwäche der €-Zonen-Partnerstaaten und weniger ihrer eigenen Stärke.
3. Prognose: Der Konflikt um die Nominierung des EU-Kommissionspräsidenten zeigt erneut, dass der abwartende Führungsstil von Kanzlerin Merkel in Krisenzeiten auch eskalatorisch wirken kann. Wenn die Krisenvorsorge weiterhin intergouvernemental organisiert wird, wird jeder weitere substantielle Integrationsschritt ein Ausscheren oder einen Austritt herbeiführen können. Starke pro-aktive Führung ist daher gefragt!

# Eurokrise: robuste deutsche Wirtschaft

- Nach einer starken Rezession (2008) ist die dt. Wirtschaft auf einem robusten Wachstumspfad; 2015 legt der Bund eines ausgeglichenen Haushalt vor.

Economic forecasts

	Real GDP (% growth)			Consumer Prices* (% growth)			Current Account (% of GDP)			Fiscal Balance (% of GDP)		
	2013F	2014F	2015F	2013F	2014F	2015F	2013F	2014F	2015F	2013F	2014F	2015F
Euroland	-0.4	1.1	1.5	1.3	0.8	1.3	2.4	2.4	2.1	-3.1	-2.5	-2.1
Germany	0.4	1.5	2.0	1.5	1.2	1.5	7.5	7.5	7.3	0.0	0.1	0.1
France	0.3	1.0	1.4	1.0	1.0	1.1	-1.7	-1.5	-1.3	-4.3	-3.6	-3.1
Italy	-1.8	0.6	1.1	1.3	0.7	1.2	1.0	1.2	1.2	-3.0	-2.9	-2.6
Spain	-1.2	0.7	1.5	1.5	0.5	1.1	0.8	2.1	2.5	-7.1	-5.8	-4.5
Netherlands	-0.8	0.9	1.4	2.6	0.5	1.2	10.4	10.5	11.0	-2.5	-3.1	-2.9
Belgium	0.2	1.4	1.6	1.2	1.1	1.5	-1.6	-2.0	-1.0	-2.6	-2.5	-2.6
Austria	0.4	1.4	1.8	2.1	1.5	1.7	2.7	3.6	3.7	-1.5	-2.8	-1.5
Finland	-1.4	0.3	1.4	2.2	1.6	1.8	-1.1	0.0	0.3	-2.1	-2.1	-1.6
Greece	-3.9	1.0	2.2	-0.9	-0.8	0.1	0.8	1.0	1.5	-12.7	-1.6	-0.9
Portugal	-1.4	1.4	1.1	0.4	0.3	0.9	0.5	1.0	2.0	-4.9	-4.2	-3.0
Ireland	-0.3	1.8	2.2	0.5	0.5	1.2	6.6	7.0	7.0	-7.2	-4.7	-2.6
UK	1.7	2.9	2.2	2.6	1.6	1.8	-4.4	-2.7	-2.6	-5.8	-4.7	-3.8
Denmark	0.4	1.4	1.5	0.8	1.4	1.8	7.3	6.5	6.5	0.0	-1.5	-2.0
Norway	2.1	2.5	2.6	2.1	1.9	2.1	10.6	11.5	11.5	7.6	9.5	10.5
Sweden	1.5	2.7	3.0	0.0	0.5	1.8	6.2	5.6	5.5	-3.6	-1.6	-0.8
Switzerland	2.0	1.8	2.0	-0.2	0.4	0.8	12.5	12.5	12.5	0.4	0.0	0.0
Czech Republic	-0.9	2.0	2.5	1.4	1.0	2.0	-0.6	-1.0	-1.4	-2.7	-2.8	-2.7
Hungary	1.1	2.1	2.2	1.7	0.7	2.8	2.1	1.9	1.4	-2.2	-2.9	-2.7
Poland	1.6	3.0	3.9	0.9	1.5	2.3	-1.5	-2.2	-1.9	-4.5	4.3	-3.1
United States	1.9	3.1	3.8	1.5	2.1	2.3	-2.3	-2.4	-2.4	-4.0	-2.9	-2.5
Japan	1.5	0.4	1.4	0.4	3.0	1.7	0.7	0.8	1.8	-9.2	-7.2	-5.6
World	2.8	3.4	3.9	3.2	3.5	3.6						

\*Consumer price data for European countries based on harmonized price indices except for Germany. This can lead to discrepancies compared to other DB publications.  
Sources: National Authorities, Deutsche Bank

Quelle: DB Research 2014

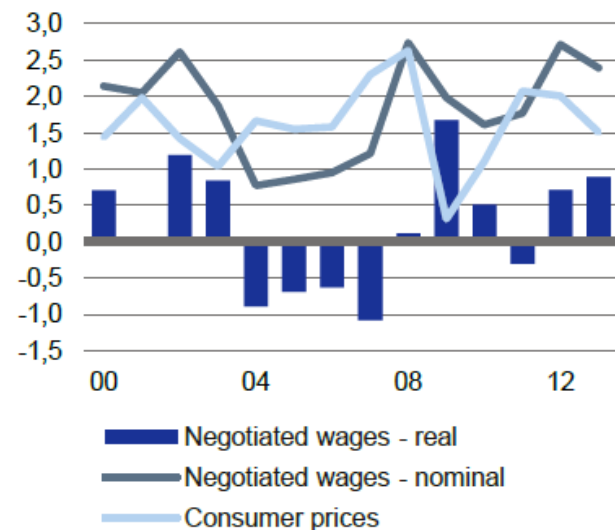
# Eurokrise: starke Verteilungseffekte, starke Exportbindung

- Der Reallohnverzicht (2004-09) führte zu einer extrem wettbewerbsfähigen dt. Exportwirtschaft, die durch die €-Krisenabwertung noch zusätzlich gestärkt wurde.

Real wages: Nearly 1% plus in real terms in 2013

3

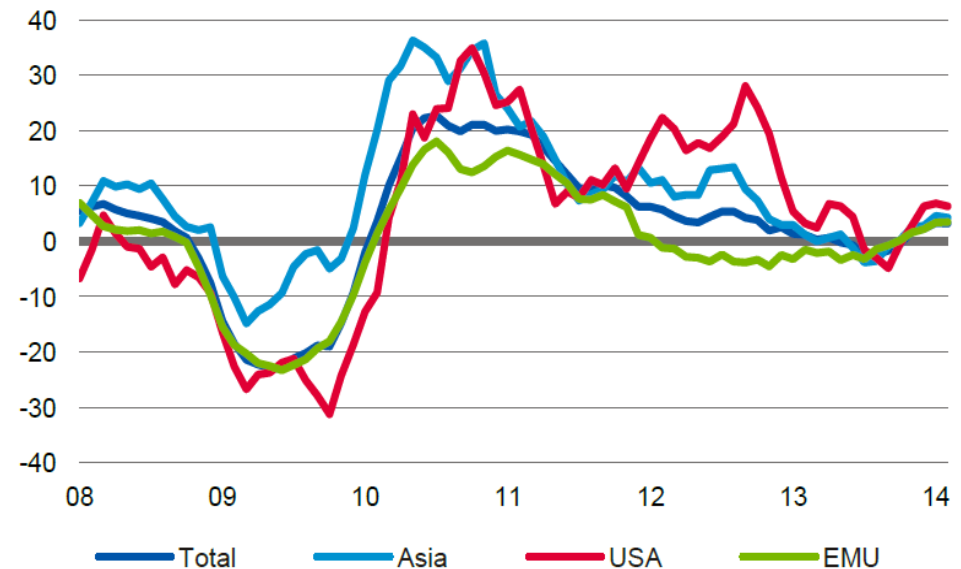
% yoy; negotiated hourly wages incl. benefits



Source: Federal Statistical Office

German exports by region

% yoy, 3M mov. avg.

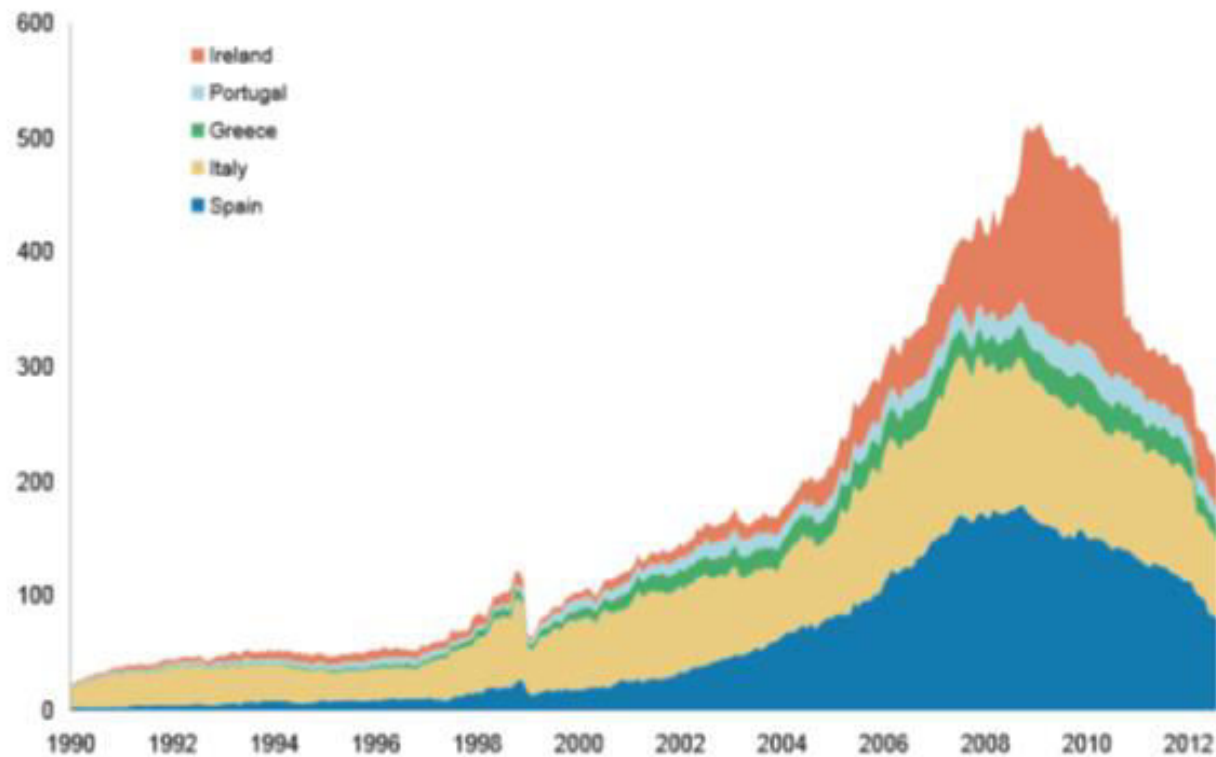


Quelle: DB Research 2014

# Deutsche Banken reinvestieren ihr US-Portfolio im Süden und verlassen die GIIPS-Staaten in der Krise

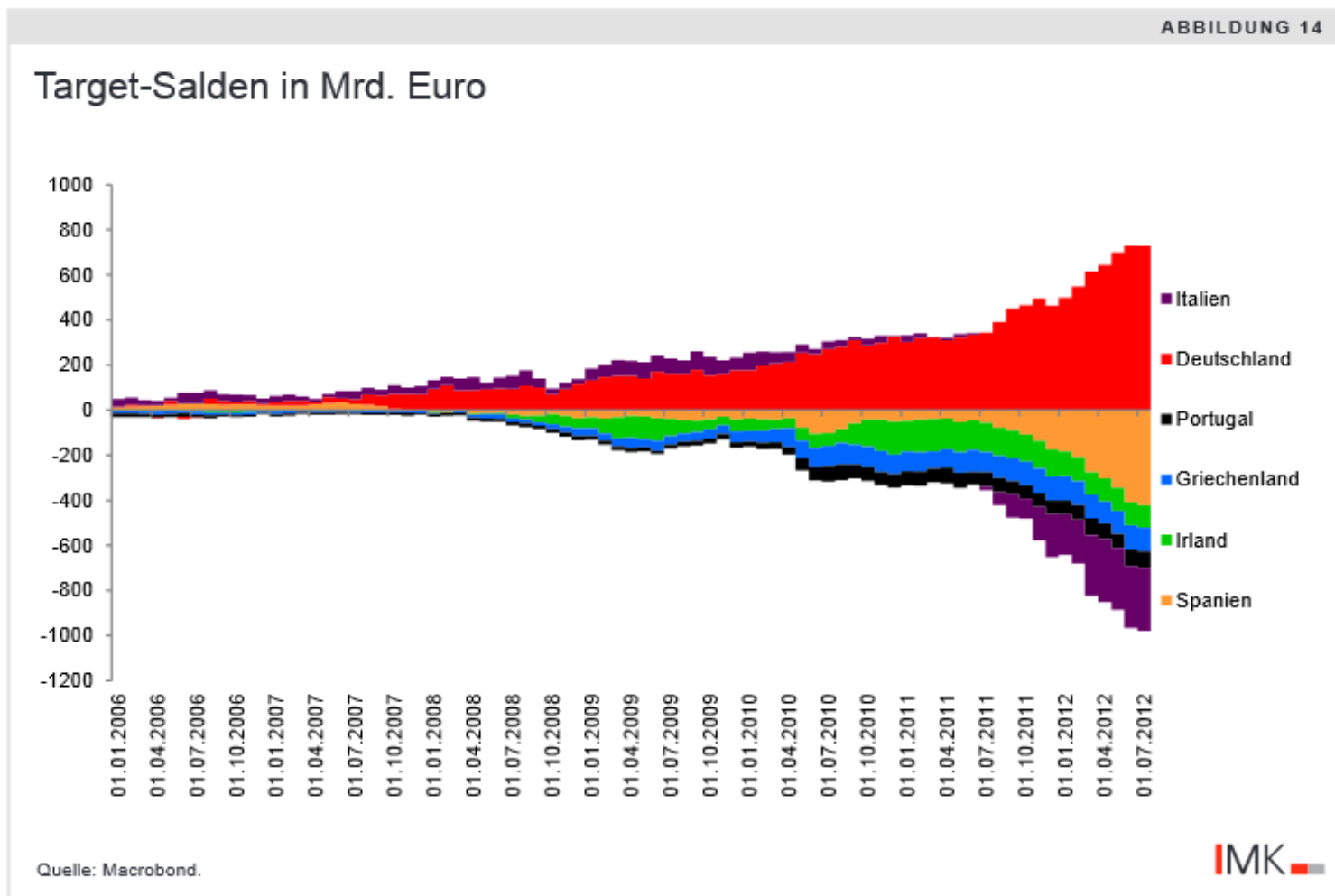
Exhibit 3

## German banks' GIIPS funding gap



Source: Company Data, Morgan Stanley Research, Bundesbank

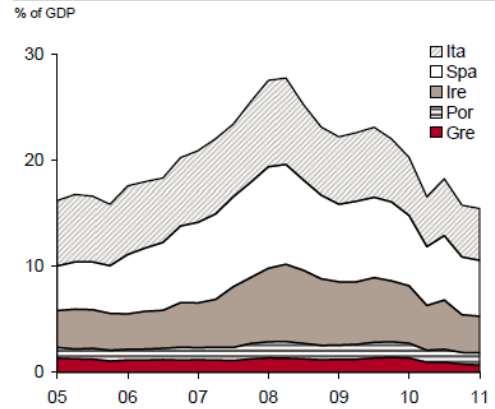
# Das EZS verleiht Liquidität über das TARGET-II Salden-System



# Eurozone: Deleveraging, Bail-out-effects, systemic risks

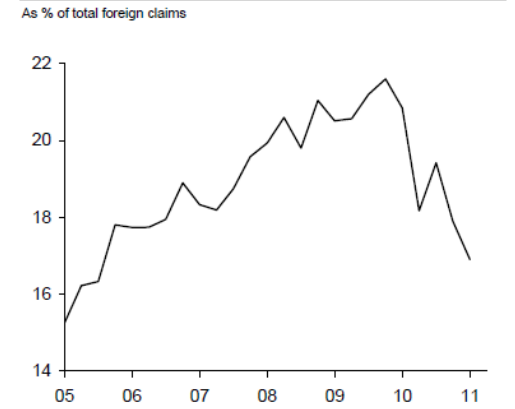
- Hohe Exponierung dt. Banken in PIIGS (bis zu 30% GDP)
- Dt. Anteil etwas unter 1/4 der Gesamtexponierung in PIIGS
- Exponierung wird durch Deleveraging + Abzug reduziert.
- Parallel steigt Exponierung in F

**Exhibit 8: German banks' exposure to the periphery**



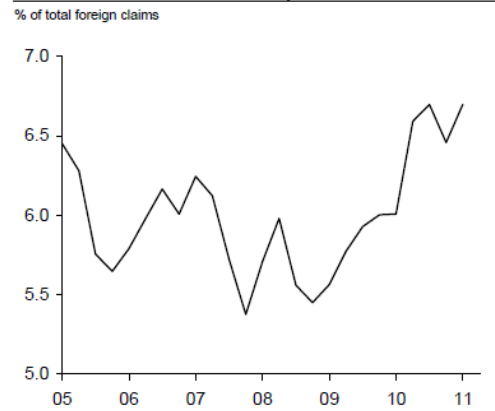
Source: Credit Suisse, Thomson Reuters DataStream, BIS

**Exhibit 9: German banks' exposure to the periphery**



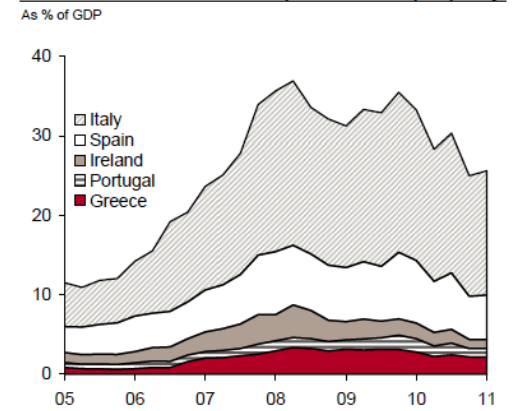
Source: Credit Suisse, Thomson Reuters DataStream, BIS

**Exhibit 10: German banks' exposure to France**



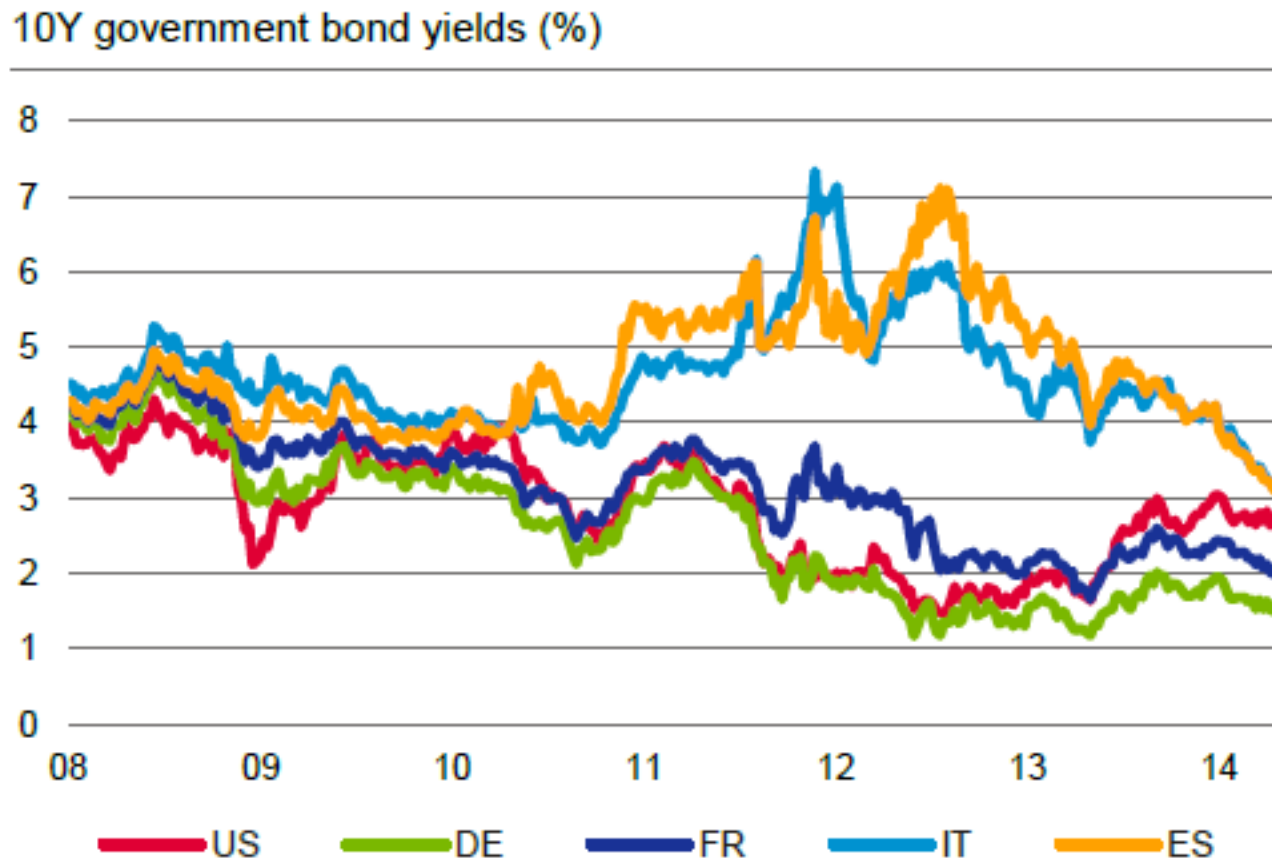
Source: Credit Suisse, BIS

**Exhibit 11: French banks' exposure to the periphery**



Source: Credit Suisse, Thomson Reuters DataStream, BIS

# Günstige Refinanzierungsmöglichkeiten des Bundes im Euro-Raum



Quelle: DB Research 2014

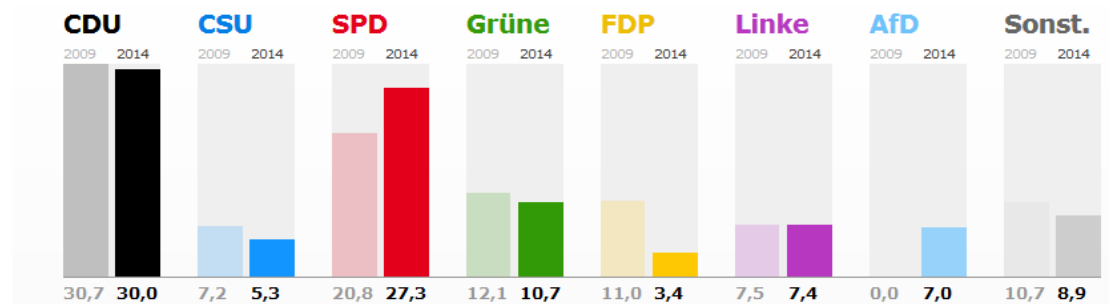


# Ergebnisse der Europawahl 2014: Deutschland

- Europaweit ist eine Zunahme stark Europaskeptischer Parteien (zB UKIP) zu beobachten. Nationale Faktoren überwiegen aber europaweite Einflüsse.
- In Dtl. hat die Europawahl nach den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen einen nachrangigen Stellenwert=> Protestwahlen (Anstieg der Beteiligung auf 48,1%)

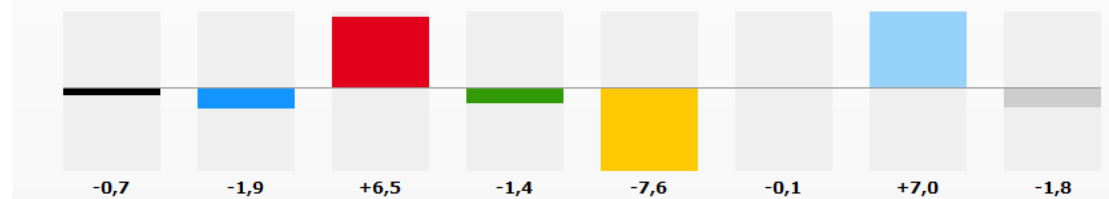
## Vorläufiges Endergebnis

### Prozente



### Gewinne und Verluste

zur Wahl 2009



# Europawahl: Meinungsklima zur EU

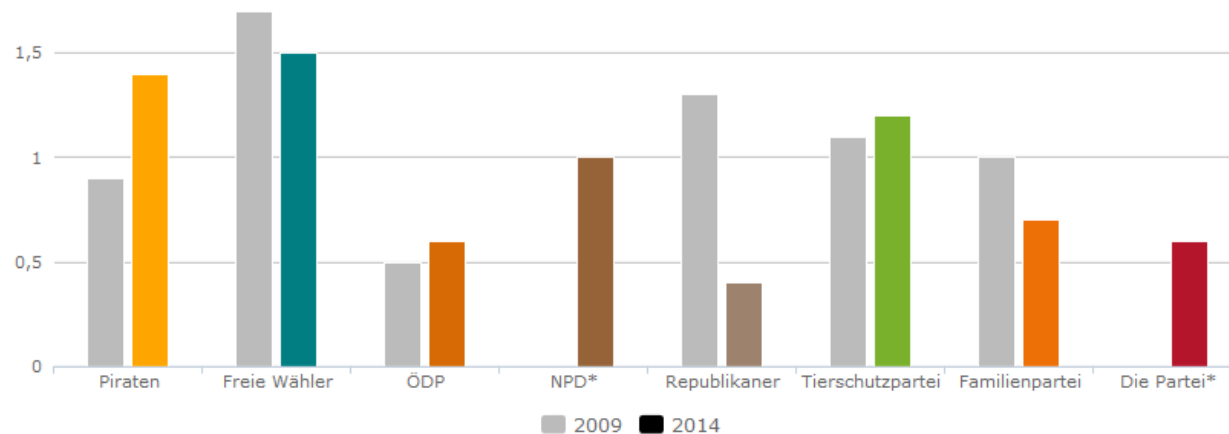
---

- 2014 bewerten 80 Prozent die wirtschaftliche Lage positiv, 2009 waren es 12 Prozent (Infratest dimap).
- 2009: neutrale Einstellungen; 2014: 44% (rel. Mehrheit) sieht Vorteile (Infratest dimap).
- „Rekordniveau“ positiver Einstellungen seit 1992 (Forschungsgruppe Wahlen).
- 70 Prozent sprechen sich derzeit für mehr gemeinsame Politik aus (Infratest dimap).
  - Anhänger der AfD votieren zu 67 Prozent für die Option, dass Deutschland wieder stärker alleine handelt (Infratest dimap).
  - 68 Prozent aller Befragten plädieren für eine stärkere politische und 69 Prozent für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit (Forschungsgruppe Wahlen)

# Ergebnisse der Europawahl 2014: Deutschland

## Ergebnisse sonstiger Parteien

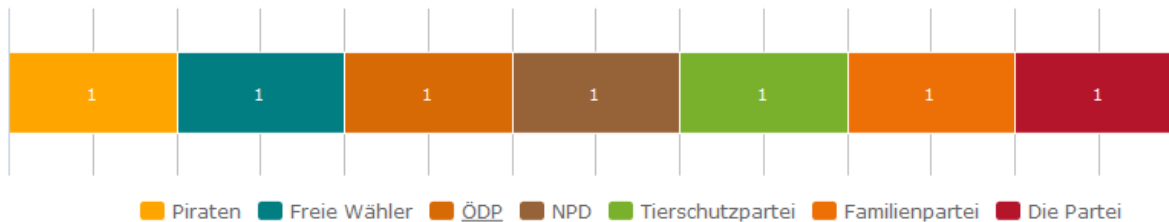
Angaben in Prozent; vorläufiges Endergebnis



Quelle: Bundeswahlleiter; \* 2009 nicht angetreten

## Ergebnisse sonstiger Parteien

Sitze; vorläufiges Endergebnis



Quelle: Bundeswahlleiter

---

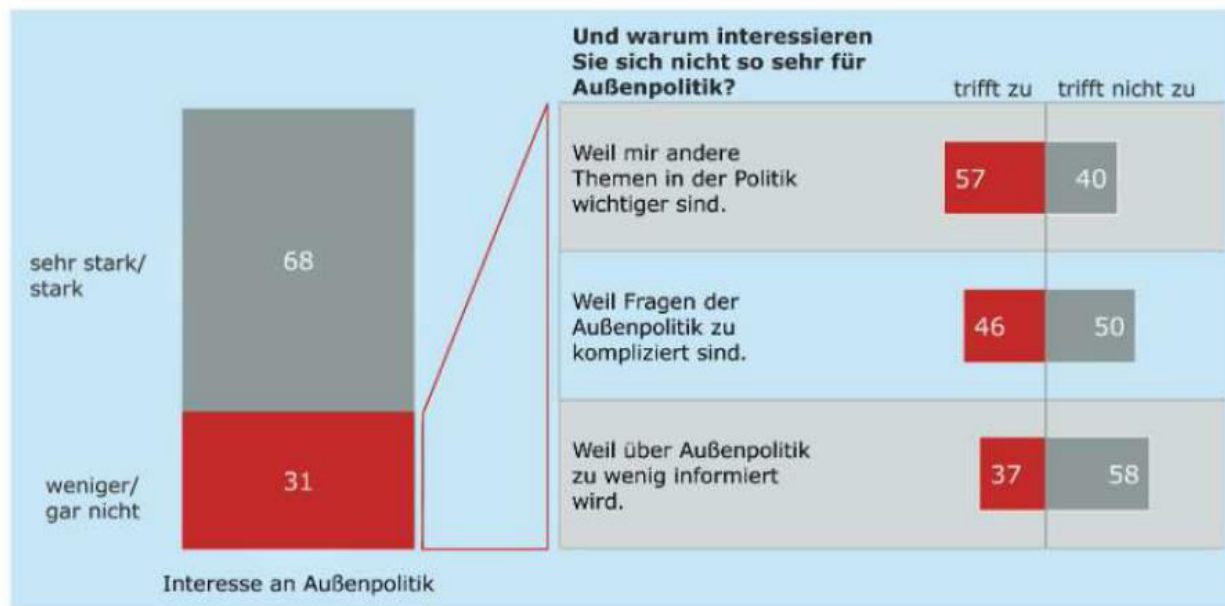
# Aktuelle Entwicklungen in der deutschen Außenpolitik

Öffentlicher Vortrag an der Beijing Foreign Studies  
University

# Bevölkerungseinstellungen: außenpolitische Verantwortung

- Bundespräsident Gauck: "Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen".

## Gründe für Desinteresse an Außenpolitik



Angaben in Prozent

Quelle: Körber-Stiftung 2014

# Bevölkerungseinstellungen: Welche außenpolitische Verantwortung?

Übernahme von Verantwortung bei internationalen Krisen: 1994 und 2014

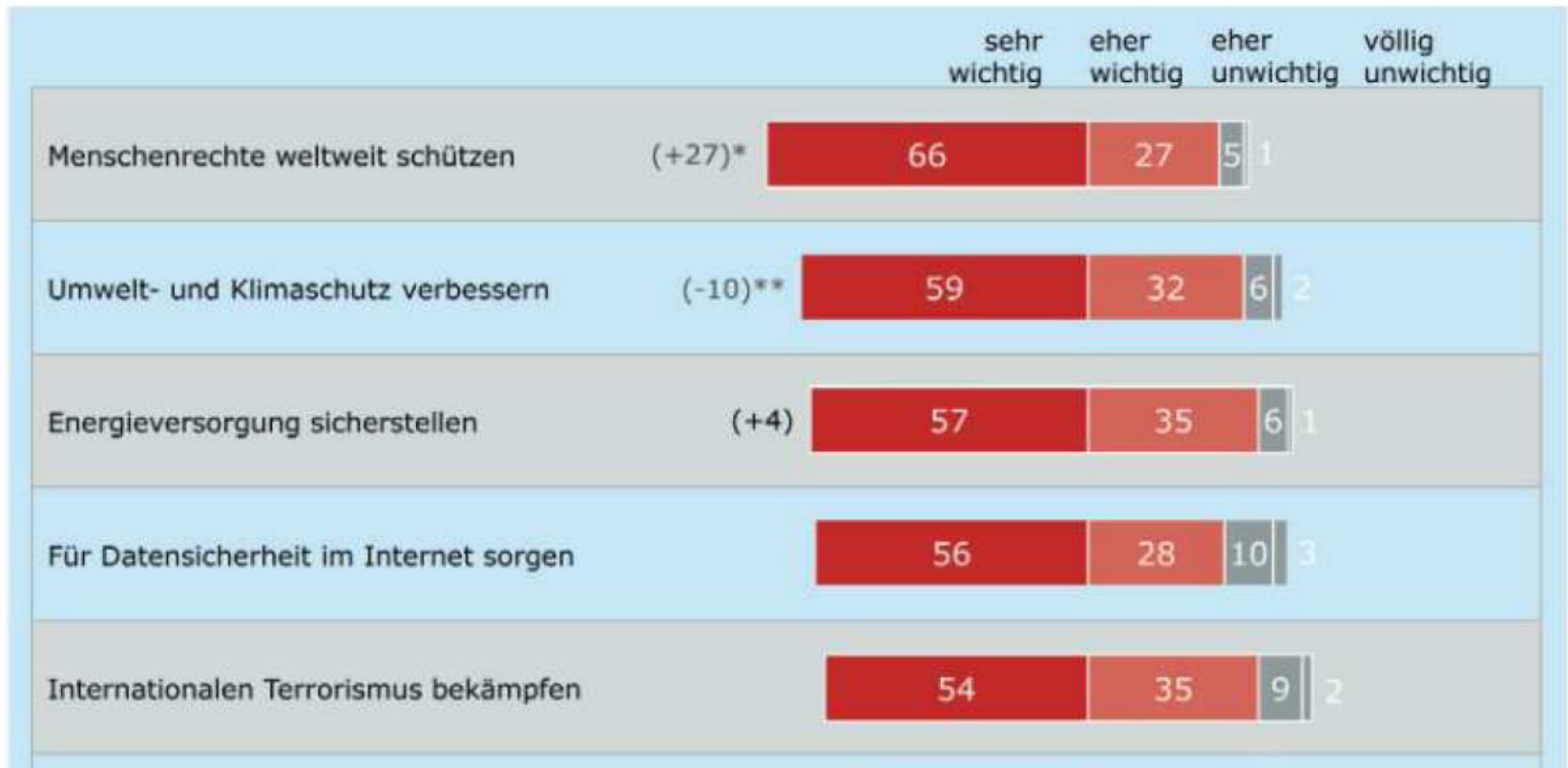


Angaben in Prozent

Quelle: Körber-Stiftung 2014

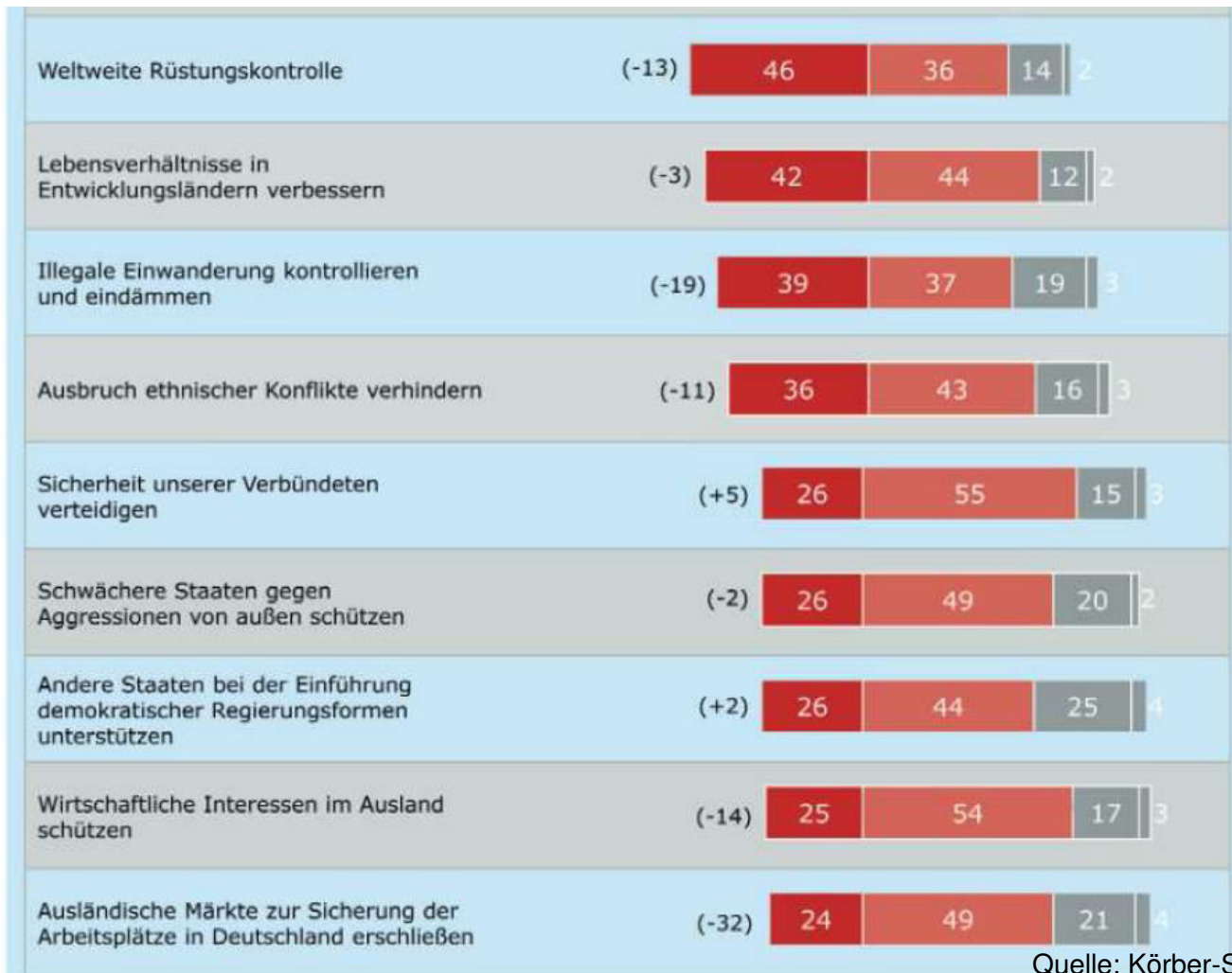
# Außenpolitische Einstellungen: globale Güter schützen

## Prioritäten deutscher Außenpolitik



Quelle: Körber-Stiftung 2014

# Außenpolitische Einstellungen: zunehmende Skepsis gegenüber Demokratieförderung



Quelle: Körber-Stiftung 2014



---

# Fall 1: deutsche Haltung im Libyenkonflikt

# Deutsches Verhalten im Libyenkonflikt

---

1. BuReg führt durch Initiative für UNSR 1970 u. Suspendierung der Mitgliedschaft Libyens in UN-Menschenrechtsrat.
  1. Sanktionierung des Regimes zur Verhaltensänderung
  2. Einschaltung des IStGH
2. BuReg bildet EU-MS-Koalition gegen „No-Fly-Zone“ bei Ratstagung (11.März).
3. BuReg koaliert mit USA und RF bei G8-Tagung und hinterfragt NFZ.
4. BuReg sichert politische Gefolgschaft, bei militärischer Abstinenz, für Durchsetzung von UNSR 1973 zu:
  1. Enthaltung erfolgt nach Sicherstellung des afrik. Abstimmungsverhaltens u. schliesst auch Zustimmungszusage an brit. Regierung ein.
  2. Enthaltung erfolgt aufgrund der Risiken, die a) die operativen Teile von SR 1973 beinhalten; b) die militär. Handlungen der Befürworter vor der SR und c) die Anerkennungspolitik ggü. der NTC erwarten lassen.
5. BuReg schliesst sämtl. militär. Unterstützung aus, da diese nach BVerfG-Urteil einen konstituiven BT-Beschluß erfordert hätten.

- „Die Sicherheitsresolution, sie enthält auch Bestimmungen über die Einrichtung einer Flugverbotszone, **aber** vor allen Dingen einer darüber hinausgehenden, einem darüber hinausgehenden Einsatz militärischer Gewalt.“

# Libyen-Entscheidung: Begründungen der Bundesregierung

---

- Westerwelle: „Wir wollen und dürfen nicht Kriegspartei in einem Bürgerkrieg in Nordafrika werden. Wir wollen nicht auf eine schiefe Ebene geraten, an deren Ende dann deutsche Soldaten Teil eines Krieges in Libyen sind.“
- Merkel: "Als Bundeskanzlerin kann ich uns da nicht in einen Einsatz mit äußerst unsicherem Ende führen.“
- Westerwelle: Hätten wir zugestimmt, wäre Deutschland als größtes europäisches Nato-Land erst recht unter schweren Druck geraten, sich militärisch zu beteiligen. Wir hätten nicht mehr die Debatte, ob wir Soldaten in Libyen einsetzen sollen, sondern stünden nur noch vor der Frage: Wie viele schicken wir los?“
- De Maiziere: Aber wenn wir uns einmal dazu entschlossen haben, dass wir uns nicht beteiligen an dieser Aktion, weil wir glauben, oder weil wir berechtigte Zweifel an dem Sinn dieser Operation haben und nicht glauben, dass wir uns daran beteiligen sollten, wenn das so ist, dann kann man nicht ohne Mandat deutsche Soldaten auf AWACS-Flugzeugen haben.

# Es bestehen erhebliche Zweifel...

---

- Im Gegensatz zu den bisherigen Darstellungen gibt es gesicherte Hinweise darauf, dass die Proteste in allen beteiligten Städten bereits ab dem 15. Februar gewalttätig waren.
- Die Anzahl der Getöteten in der ersten Konfliktwoche (15.-22.02.2011) lag nach Angaben von HRW in Benghazi bei ca. 230 und nicht, wie mehrfach berichtet, bei 2.000.
- HRW-Berichten zufolge lag die Quote der verletzten Zivilisten in der im März am härtesten umkämpften Stadt, Misurata, bei 3% von 949.
- Im gleichen Zeitraum werden 247 Getötete (von beiden Seiten) für eine Stadt von 400.000 Einwohnern von HRW bestätigt, dies entspricht einer Rate von 0.0006 %.
- In der kritischen Woche des Gegenschlages der Regimetruppen (5.-15.03. März) werden mehrfach Vernichtungsdrohungen ggü. Rebellen ausgesprochen: in keiner der vor UNSR 1973 zurückeroberten Städte wurden solche Vergeltungsmaßnahmen festgestellt.

# Die Intervention diene ausschließlich dem Schutz der Zivilbevölkerung...

---

- Bereits vor UNSR 1973 können Waffenlieferungen, unmittelbar danach logistische und Ausbildungsunterstützung sowie aktive Kampfgruppen nachgewiesen werden (Ägypten, Katar, UK, F, US) .
- Die frz. Regierung erkennt vor UN SR 1973 unilateral den National Transition Council (NTC) an und hilft bereits im März 2011 beim Aufbau militärischer Strukturen.
- Im März (3), April (11), Mai (26) wurden den Rebellen Waffenstillstands- bzw. Verfassungsreformvereinbarungen angeboten, die diese ablehnten.
- In den ersten sechs Wochen des Aufstandes starben ca. 1.100 Personen. Nach Schätzungen der libyschen u. US-amerik. Regierung sterben in den folgenden 30 Wochen ca. 8.-11.500 Menschen: 7-10 mal mehr Opfer nach UNSR 1973 als davor.

---

# Fall 1: deutsche Haltung zu Gestaltungsmächten

## Merkel-Doktrin: Sonderbeziehungen zu verantwortlichen Partnern

---

- “Those who feel responsible for peacekeeping, but who are not capable of providing active support everywhere, are called upon to support trustful partners who then are enabled to do the job.”  
(BK Merkel im Oktober 2012)



# Das Gestaltungsmächtekonzept der Bundesregierung

---

- Das Konzept „Globalisierung gestalten“ betrifft Länder, mit denen Deutschland nicht schon im Rahmen der Europäischen Union (EU), der G-8 oder der Nordatlantischen Allianz (NATO) zusammenarbeitet und
  1. die im regionalen oder internationalen Vergleich eine bedeutende Wirtschaftskraft oder hohe wirtschaftliche Wachstumsraten aufweisen,
  2. die einen starken Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen zum Ausdruck bringen und
  3. denen darüber hinaus entweder durch ihre einflussreiche Rolle oder ihre innerstrukturellen Eigenschaften mittel- bis langfristig eine zentrale Bedeutung für die Gestaltungsprozesse, internationaler Governance und/oder globaler Ordnungspolitik („Global Governance“) zukommt

# Gestaltungsmächte: unterschiedliche Ansätze

Agency/actor	Concept	Countries	Characteristics
<b>German Development Institute (Stamm 2004)</b>	Anchor countries	PR China; Egypt, Argentine, Iran, Brazil, India, Saudi-Arabia, Mexico, Indonesia, Nigeria, Russia, Pakistan, South Africa, Thailand, Turkey	Economic importance, leadership potential
<b>German Institute for Global and Area Studies (Nolte 2006)</b>	Regional powers, emerging middle powers		
<b>Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ 2011)</b>	Global Development Partners	Brazil, India, Indonesia, Mexico, South Africa.	state craft, importance for MDG/ GPG production, economic importance, relevance for reg. integration
<b>Federal Government/Federal Foreign Office (Bundesregierung 2012)</b>	Creative powers	Non-partner countries of EU/NATO/G-8	Regional/global economic importance, strong global political vision; regional/global importance for GPG/ regional integration
<b>Federal Ministry of Economics and Technology (BMW 2012)</b>	New Target Markets	BRICS, Columbia, Mexico, Nigeria, Indonesia, Vietnam, Malaysia	Trade Promotion for development and/or energy security
<b>Federal Ministry of Food, Agriculture, and Consumer Protection (BMELV 2013)</b>	Bilateral Cooperation with foreign countries	Brazil, China, Russia, Kazakhstan, Turkey, Vietnam	Cooperative food security global consumer protection

---

# Ergebnisse und Ausblick

# Fazit und Ausblick

---

1. Die gesellschaftliche Unterstützung für eine aktive deutsche Außenpolitik ist nicht schwächer geworden: sie hat sich aber stärker auf ein präventives und ziviles Profil hin verändert.
2. Die Bundesregierung hat mit ihrer Enthaltung im UN-Sicherheitsrat ggü. Res. 1973 eine inhaltliche Position eingenommen, die nur in ihrer konkreten Ausprägung durch innenpolitische Erwägung beeinflusst war.
3. Der Führungsstil von Kanzlerin Merkel erweist sich diversen Konflikten als kontraproduktiv und sollte durch eine pro-aktive Politik des AM Steinmeier ergänzt werden.
4. Dies gilt vor allem für die Krise in der Europäischen Union um den Kommissionspräsidenten sowie die Deeskalation in der Ukrainekrise.